

An: redaktion@derstandard.at

**Ex-Grüne El-Nagashi will mit Thinktank gegen EU-"Gender-Lobby" kämpfen**

Standard vom 29.12.2025

Liebes Standard-Team!

Ich habe meinen gestrigen Leserbrief zu

<https://www.derstandard.at/story/3000000295012/ex-gruene-el-nagashi-will-mit-thinktank-gegen-eu-gender-lobby-kaempfen>

überarbeitet. Bitte an die Autoren weiterleiten.

Der STANDARD-Artikel zu Faika El-Nagashi geht an der eigentlichen Debatte vorbei. Nicht, weil er widerspricht, sondern weil er zwei zentrale Punkte systematisch ausblendet:

Erstens: Der Artikel ignoriert ein Repräsentationsproblem. El-Nagashi argumentiert nicht „gegen Minderheiten“, sondern weist darauf hin, dass Frauen in der aktuellen Trans- und Genderpolitik politisch kaum mehr vorkommen. Wer legt auf EU-Ebene Regeln zu Schutzräumen, Gewaltstatistik oder rechtlichen Begriffen fest? Wo sind Frauen als eigenständige politische Akteurinnen sichtbar? Diese Frage ist legitim – der STANDARD stellt sie nicht.

Zweitens: Der Artikel verwischt eine grundlegende Unterscheidung: El-Nagashi kritisiert politische Konzepte und ihre Folgen. Der STANDARD stellt das so dar, als richte sich diese Kritik gegen Menschen. Damit wird politische Auseinandersetzung moralisch blockiert. Wer Regelungen hinterfragt, greift nicht automatisch Personen an. Diese Trennung zu ziehen, wäre journalistische Pflicht.

Aus Sicht von Terre des Femmes Österreich ist das entscheidend: Frauenrechte sind kein Randthema und kein Tabu. Sie sind ein eigenständiger politischer Gegenstand – auch dann, wenn sie mit anderen Interessen kollidieren.

Ein kurzer Exkurs macht El-Nagashis Linie deutlich: In ihrer „Burka-Rede“ beim *Battle of Ideas* (<https://faikaelnagashi.substack.com/p/the-burqa-is-not-a-piece-of-cloth>)

betont sie, dass der Staat sich nicht hinter „Privatentscheidungen“ verstecken darf, wenn Frauen dadurch unsichtbar werden. Rechte brauchen Schutz. Genau diese Logik bringt sie auch in die Transdebatte ein.

Faika El-Nagashi stellt eine politische Frage nach der Rolle von Frauen. Der STANDARD beantwortet sie nicht – er erklärt sie für unzulässig. Genau darin liegt die Schwäche des Artikels.

Mit freundlichen Grüßen

Marlies E. (Name der EGGö Redaktion bekannt)

An: redaktion@derstandard.at

**Ex-Grüne El-Nagashi will mit Thinktank gegen EU-"Gender-Lobby" kämpfen**

Standard vom 29.12.2025

Sehr geehrtes Team der Redaktion!

Der STANDARD-Artikel zur Kritik von **Faika El-Nagashi** an einer europäischen Transgender-Lobby ist weniger Analyse als politische Rahmung. Er ersetzt die Prüfung realer Zielkonflikte durch moralische Distanzierung – und entzieht damit einer notwendigen feministischen Debatte den Boden.

Ein zentrales Beispiel: Die Autoren behandeln den Begriff „EU-Transgender-Lobby“ implizit als Kampfbegriff, ohne zu prüfen, ob auf EU-Ebene tatsächlich strukturierte Einflussmechanismen existieren – etwa über NGO-Netzwerke, Expertengremien, Förderlogiken oder Soft-Law-Instrumente, die politische Standards setzen, ohne parlamentarisch entschieden zu sein. Diese empirische Frage wird nicht untersucht, sondern vorab delegitimiert. Das ist keine journalistische Analyse, sondern Vorwertung.

Ein zweites, gravierenderes Beispiel betrifft die inhaltliche Verschiebung: El-Nagashis Hinweise auf Zielkonflikte rund um Schutzräume, rechtliche Kategorien oder die Datenerhebung zu Gewalt gegen Frauen werden im Artikel wiederholt in die Nähe von „Angriffen auf Minderheitenrechte“ gerückt. Damit wird eine feministische Grenzfrage moralisch aufgeladen, statt politisch diskutiert. Wer jede Kritik an identitätspolitischen Setzungen als potenziell diskriminierend rahmt, macht Frauenrechte argumentativ unsagbar.

Besonders problematisch ist dabei ein weiterer Zug des Artikels: El-Nagashis Positionen werden implizit in die Nähe internationaler „Kulturkämpfe“ gerückt, als handle es sich um importierte Ressentiments oder ideologische Abweichung. Diese Strategie entwertet feministische Argumente, indem sie sie externalisiert – statt sich mit ihrem Gehalt auseinanderzusetzen. Dass Frauenbewegungen weltweit ähnliche Konflikte austragen, ist kein Beweis für Ideologie, sondern für strukturelle Realität.

Aus Sicht von **Terre des Femmes Österreich** liegt hier der Kern des Problems: Kritik an bestimmten transpolitischen Konzepten ist nicht gleichbedeutend mit der Infragestellung der Würde oder der Rechte von Transpersonen. Sie ist Ausdruck einer rechtsstaatlich notwendigen Debatte über Kategorien, Zuständigkeiten und Schutzpflichten – insbesondere dort, wo Frauen als spezifische Rechtssubjekte betroffen sind.

Ein kurzer Verweis auf El-Nagashis Burka-Rede beim *Battle of Ideas* („The burqa is not a piece of cloth“, Oktober 2025) dient hier nur als Exkurs, macht ihre Linie aber sichtbar: Der Staat darf sich nicht hinter individueller Wahlfreiheit verstecken, wenn strukturelle Machtverhältnisse Frauen aus dem öffentlichen Raum drängen. Frauen erscheinen bei ihr nicht als kulturelle Projektionsflächen, sondern als Trägerinnen eigener Rechte.

Diese Position moralisch zu rahmen oder als Ausdruck von Ressentiment zu diskreditieren, statt sie inhaltlich zu prüfen, verfehlt jedoch die Debatte. Genau das hätte journalistische Sorgfalt verlangt – und genau das bleibt im STANDARD-Artikel aus.

Mit besten Grüßen

Marlies E. (Name der EGGö Redaktion bekannt)